

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 06.02.2024

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 17:54 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Vertretung für: Herrn Matthias Disterheft

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten Köster

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Herrn Maximilian Pohler

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 17:46 Uhr

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 17:51 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Herr Gabriel Heidt - FB 51
Herr Sebastian Krüger - StL 60.12
Frau Katja Langer - RefL 0650
Herr Thomas Pust - RefL 0300
Frau Inga Vofrei - StL 60.11
Herr Timo Weichsler - RefL 0660
Frau Kerstin Müller - StL 0600.20
Herr Detlef Pottgießer - StL 66.21
Frau Carolin Niemann - AbtL 66.1

Protokollführung

Frau Pauline Becker - Ref. 0600
Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| Herr Matthias Disterheft - SPD | entschuldigt |
| Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE | entschuldigt |
| Herr Thorsten Köster - CDU | entschuldigt |
| Herr Maximilian Pohler - CDU | entschuldigt |

weitere Mitglieder

| | |
|---|--------------|
| Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten | entschuldigt |
|---|--------------|

sachkundige Bürger

| | |
|--|--------------|
| Herr Jan Höltje - CDU | entschuldigt |
| Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD | entschuldigt |
| Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig | entschuldigt |
| Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig | entschuldigt |

Verwaltung

| | |
|---------------------------------|--------------|
| Herr Dirk Franke - FBL 65 | entschuldigt |
| Herr Stephan Kühl - FBL 60 | entschuldigt |
| Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65 | entschuldigt |

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.12.2023 (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Verkehrsgutachten Dibbesdorfer Straße | 23-22635 |
| 3.2 | Mündliche Mitteilungen | |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Einrichtung eines TOP zum Thema "Sommerstraßen - saisonale Lebensräume in urbanen Quartieren" | 23-22748 |
| 4.1.1 | Einrichtung eines TOP zum Thema "Sommerstraßen - saisonale Lebensräume in urbanen Quartieren" | 23-22748-01 |
| 5 | Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen | 24-22844 |
| 6 | Sanierung der Leonhardstraße zwischen Gerstäckerstraße und St. Leonhard sowie Teilstück Altwiekering | 24-22886 |
| 7 | Verzicht auf Planfeststellung für die Erneuerung der Stadtbahnwendeschleife Inselwall | 23-22714 |
| 8 | Anfragen | |
| 8.1 | Parken in der Innenstadt in der Vorweihnachtszeit Anfrage zur Vorlage 23-22646 | 23-22646-01 |
| 8.1.1 | Parken in der Innenstadt in der Vorweihnachtszeit Anfrage zur Vorlage 23-22646 | 23-22646-02 |
| 8.2 | Einstürzende Parkbauten | 23-22578 |
| 8.2.1 | Einstürzende Parkbauten | 23-22578-01 |
| 8.3 | Anfrage zur Umsetzung des EWKFondsG | 24-23021 |
| 8.3.1 | Anfrage zur Umsetzung des EWKFondsG | 24-23021-01 |
| 8.4 | Rollstuhllampelmännchen und rollstuhlgerechte Ampeln | 23-22694 |
| 8.4.1 | Rollstuhllampelmännchen und rollstuhlgerechte Ampeln | 23-22694-01 |

| | | |
|-------|---|-------------|
| 8.5 | Abschaffung der Straßenausbaubeiträge? | 24-22771 |
| 8.5.1 | Abschaffung der Straßenausbaubeiträge? | 24-22771-01 |
| 8.6 | RadRevolution - Sonderprogramm "Stadt und Land" | 24-23011 |
| 8.6.1 | RadRevolution - Sonderprogramm "Stadt und Land" | 24-23011-01 |
| 8.7 | Mündliche Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Disterheft durch Ratsherr Volkmann, Ratsherr Pohler durch Ratsherr Täubert und Ratsherr Köster durch Ratsherr Bratschke vertreten wird. Ratsherr Dr. Plinke, Ratsherr Knurr, die Bürgermitglieder Höltje und Tokhi sowie Herr Mickler fehlen entschuldigt. Für Herrn Demirbas nimmt Herr Busch an der Sitzung teil.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.12.2023 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

3. Mitteilungen

3.1. Verkehrsgutachten Dibbesdorfer Straße

23-22635

Herr Wiegel erläutert die Mitteilung 23-22635.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Herr Wiegel über die im Gutachten als Option genannte Möglichkeit der Parkraumbewirtschaftung im Wohngebiet Dibbesdorfer Straße-Süd. Diese sei aber zurzeit nicht für eine Umsetzung vorgesehen. Der Radschnellweg und eine Stadtbahntrasse im Bereich Holzmoor waren dem Gutachter bekannt. Die Stadtbahntrasse wurde in der Simulation berücksichtigt und dazu im Gutachten festgestellt, dass eine Koordinierung der drei Knotenpunkte nicht realisierbar ist. Aus Sicht der Verwaltung erscheinen bauliche Änderungen vor einer Entscheidung über den Radschnellweg nicht sinnvoll.

Herr Wiegel bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Arning, dass nicht der gesamte Verkehr des Bebauungsplan-Bereichs über die Dibbesdorfer Straße abfließen wird. Aus dem Gebiet am Farnweg wird der Verkehr wie im Bebauungsplan vorgesehen über die Volkmaroder Straße abgeleitet. Zum Hinweis auf die Problematik für Radfahrer und Fußgänger bei der

Querung der Bevenroder Straße erinnert Herr Wiegel an die von einem Planer bereits unterbreiteten Vorschläge für den Straßenzug Bevenroder Straße/Friedrich-Voigtländer-Straße/Querumer Straße. Aus dem früheren Planungs- und Umweltausschuss wurde der Verwaltung jedoch der Auftrag erteilt, zunächst den Bienroder Weg ansehen.

Ratsfrau Lerche beklagt, dass die Aussagen des Gutachtens die Situation vor Ort nur unzureichend abbilden und verweist hierzu u.a auf die Ein-/Ausfahrten zahlreicher Gewerbebetriebe und die Erreichbarkeit der Ortsfeuerwehr Querum. Aufgrund der für Zufußgehende bestehenden Schwierigkeiten zur Querung der Bevenroder Straße wurde von einem früheren Stadtbezirksrat eine Querungshilfe beantragt, die aus Kostengründen bis heute nicht realisiert wurde. Sie erklärt abschließend, mit der vorgestellten Planung nicht einverstanden zu sein.

Auf Nachfrage Ratsfrau Mundlos verweist auf die Aussage im Gutachten, dass an den drei Knotenpunkten ohne zusätzliche Maßnahmen keine ausreichende Verkehrsqualität mehr zu erzielen ist. Sie fragt, ob die von der Verwaltung in der Mitteilung 23-22635 angekündigte „perspektivische Signalisierung“ der Knoten ausreichend ist.

Aus Sicht von Herrn Wiegel ist die bestehende Situation ausreichend, da der Knoten Bevenroder Straße/Dibbesdorfer Straße nach dem Gutachten entweder mit dem vorhandenen Einfädelsstreifen betrieben oder signalisiert werden muss. Mit dem Einfädelsstreifen ist er aktuell leistungsfähig.

Ratsfrau Kluth verweist auf die Aussage im Gutachten, wonach das Einfädeln eine Gefahr für Verkehrsteilnehmende bedeutet. Da die Verkehrssicherheit an oberster Stelle stehe, müsste hier aus ihrer Sicht sofort gehandelt werden.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zur Möglichkeit der Einrichtung von Kreisverkehren berichtet Herr Wiegel, dass bereits im Zusammenhang mit der Planung des Baugebiets Holzmoor keine Bereitschaft der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer am Verkauf von Flächen bestand. Vor diesem Hintergrund wurde auf die Prüfung der Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren verzichtet.

Ergebnis:

Die Mitteilung 23-22635 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Mündliche Mitteilungen

3.2.1

Stadtrat Herlitschke informiert bezugnehmend auf eine Nachfrage von Ratsherr Wirtz in der Sitzung dieses Ausschusses am 06.12.2023 zur nichtöffentlichen Vorlage 23-22638, dass die Ladeinfrastruktur in der Tiefgarage des BraWoPark Business Center III funktioniert. Die Ladesäulen wurden am 07.12.2023 in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme hätte nach dem Wunsch der Verwaltung schon eher stattfinden sollen, jedoch hatte es Verzögerungen beim notwendigen Einbau eines Zwischenzählers durch den Netzbetreiber des BraWoPark gegeben. Mit der Inbetriebnahme am 07.12.2023 ist das Vorhaben vollständig abgeschlossen. Darüber hinaus steht die Verwaltung mit dem Vermieter der Immobilie wegen der Bereitstellung weiterer Lademöglichkeiten für die weitere Umstellung des Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge absprachegemäß in Kontakt.

4. Anträge

4.1. Einrichtung eines TOP zum Thema "Sommerstraßen - saisonale Lebensräume in urbanen Quartieren" 23-22748

4.1.1. Einrichtung eines TOP zum Thema "Sommerstraßen - saisonale Lebensräume in urbanen Quartieren" 23-22748-01

Ratsfrau Kluth bringt den Antrag 23-22748 der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN ein und begründet diesen.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Stellungnahme 23-22748-01.

Ratsfrau Mundlos erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Realisierung einer Sommerstraße unbedingt im Einvernehmen mit den Anliegerinnen und Anlieger sowie dem Stadtbezirksrat erfolgen muss, um Akzeptanz zu erreichen. Sommerstraßen sind für sie in einer Großstadt wie Braunschweig in den allermeisten Bereichen jedoch nicht vorstellbar. Die Masterarbeit bleibt für sie daher zunächst abzuwarten.

Ratsfrau Hahn verweist auf den Antrag 23-20890 des Stadtbezirksrats 120 Östliches Ringgebiet. Die von der Verwaltung genannten Gründe gegen eine Einrichtung einer Sommerstraße erscheinen ihr plausibel. Der Idee zur Einrichtung von Sommerstraßen steht sie interessiert gegenüber, eine Realisierung u.a. aufgrund der damit für Anwohnende verbundenen möglichen Begleiterscheinungen sieht sie jedoch kritisch. Die Masterarbeit bleibt abzuwarten.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die bereits begonnene wissenschaftliche Untersuchung zur Umsetzbarkeit von Sommerstraßen. Mögliche Konfliktfelder wie Lärm, Abfall und fehlende Rücksichtnahme sind ihr bewusst. Sie plädiert allerdings dafür, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einzuräumen, Sommerstraßen auszuprobieren. Ratsfrau Jalyschko zeigt sich optimistisch, dass es gelingt, mit Initiative aus einem Stadtbezirksrat und einer Bereitschaft der Anwohnenden ein Pilotprojekt umzusetzen.

Ratsherr Kühn regt an, bereits in neu aufzustellenden Bebauungsplänen perspektivisch Begegnungsräume zu schaffen, die nicht mit Verkehr belastet sind.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass aufgrund der größeren städtebaulichen Dichte Begegnungsräume in neuen Bebauungsplänen Berücksichtigung finden sollen und verweist hier beispielhaft auf die Bebauungspläne Jütenring HA 137 und Wenden-West (2. BA) WE 63.

Beschluss zu Antrag 23-22748:

Die Verwaltung wird gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) gebeten, in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben am 06.02.2024 einen neuen Tagesordnungspunkt mit dem Titel "Sommerstraßen - saisonale Lebensräume in urbanen Quartieren" aufzunehmen. Innerhalb dieses TOPs soll die Verwaltung über folgende Aspekte berichten:

- Gründe für die Einführung von Sommerstraßen und ihre potenziellen Vorteile sowie mögliche Konflikte
- Rahmenbedingungen der Sommerstraßen, wie zeitliche Begrenzung, Verkehrsregelungen, Soziale Akzeptanz und Initiativen aus der Nachbarschaft
- Besondere allgemeine Eignungsfaktoren oder Hemmnisse etwaiger Straßen
- Erfahrungen und Beispiele aus anderen Kommunen, die bereits Sommerstraßen implementiert haben
- Verfahrensvorschlag zu einem ersten Pilotprojekt in Braunschweig.

Ergebnis zu Antrag 23-22748:

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag 23-22748 erfolgt nicht.

Ergebnis zu Stellungnahme 23-22748-01:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen

24-22844

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage 24-22844.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 24-22844 abstimmen.

Beschluss:

„Die Widmungen und Teileinziehungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Sanierung der Leonhardstraße zwischen Gerstäckerstraße und St. Leonhard sowie Teilstück Altewiekring

24-22886

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-22886 ein.

Herr Pottgießer erläutert die Planung anhand des Straßenausbauplans.

Ratsfrau Mundlos berichtet über die bei dem Infoabend zum Umbau dieses Abschnitts der Leonhardstraße von Anwohnenden vorgetragenen Kritikpunkte u.a. zum Entfall von Parkplätzen sowie die vom Rückstau betroffene Stadtbahn. Die als Alternativroute für den MIV genannte Helmstedter Straße wird Abschnitt der 1. Veloroute sein und damit nicht vollwertig zur Verfügung stehen. Einen Vorteil der vorgestellten Planung vermag sie daher allenfalls für den Radverkehr erkennen. Für die CDU-Fraktion kündigt sie die Ablehnung der Vorlage 24-22886 an.

Stadtbaurat Leuer weist die Kritik zurück, dass bei der vorliegenden Planung ausschließlich an den Radverkehr gedacht worden sei. Neben wesentlichen Verbesserungen für den Radverkehr verweist er u.a. auf die geänderte Spuraufteilung und Geometrie des Knotens, die diesen leistungsfähiger machen wird, sowie die Aufwertung der Stadtbahnhaltestelle, die künftig dem (barrierefreien) Standard im Stadtgebiet entspricht.

Ratsherr Wirtz kritisiert die Verbreiterung des Gehwegs am Eckgebäude Leonhardstraße 29A, die nur durch Entfall einer Abbiegespur auf dem Altewiekring ermöglicht wird und sich damit aus seiner Sicht nachteilig auf die Erreichbarkeit der entlang der Leonhardstraße liegenden Wohnquartiere auswirkt. Einen positiven Effekt auf die Länge der Rückstaus auf der Leonhardstraße vermag er aus der geänderten Spuraufteilung nicht zu erkennen.

Herr Pottgießer informiert auf Nachfrage von Ratsherr Täubert, dass die Entwicklungsabsichten im Bereich des heutigen Parkdecks der Stadthalle in der Planung berücksichtigt und dazu entsprechende Flächenpotenziale freigehalten wurden.

Stadtrat Herlitschke ergänzt in Bezug auf die bevorstehende Sanierung der Stadthalle, dass ausreichend Flächen für z. B. die Baustelleneinrichtung in der Nähe der Stadthalle vorhanden sind, um Transportverkehre für Material zu vermeiden. Die Anlieferung erfolgt von der Autobahn kommend über Ottmerstraße und Schulstraße. Ein „Umweg“ über die Leonhardstraße ist nicht vorgesehen.

Ratsfrau Hahn begrüßt die beabsichtigte Änderung der Spuraufteilung, die nach ihrer Auffassung zu einer Verbesserung der Verkehrssituation führt. Die Stadtbahn sei zudem nicht

dauerhaft, sondern nur zu den Hauptverkehrszeiten vom Rückstau auf der Leonhardstraße betroffen.

Ratsfrau Jalyschko sieht in der vorgestellten Planung eine deutliche Verbesserung für alle Verkehrsbeteiligten. Sie hebt das Planungsziel der Verwaltung hervor, die Leonhardstraße vom Durchgangsverkehr zu entlasten und damit nicht nur den Verkehr, sondern auch die Staus zu reduzieren.

Verschiedene weitere Fragen zur Planung werden von Herrn Pottgießer beantwortet.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 24-22886 abstimmen.

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau der Leonhardstraße im Abschnitt zwischen Gerstäckerstraße und St. Leonhard sowie eines Teilstücks des Altwiekering entsprechend der Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

7. Verzicht auf Planfeststellung für die Erneuerung der Stadtbahnwendschleife Inselwall 23-22714

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 23-22714 ein. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass der weit überwiegende Teil der Gleistrasse trotz der optischen Wirkung kein besonderer Gleiskörper ist, weil der Gleiskörper regelmäßig überfahren werden muss. Einzige Ausnahmen sind wie in der Vorlage dargestellt zwei sehr kurze Abschnitte (ca. 5 m und ca. 8,50 m) im Bereich des Abzweigs der Gleisanlage aus der Langen Straße in die Straße Am Neuen Petritore, die aber nur theoretisch einen besonderen Gleiskörper darstellen und aus Sicht der Verwaltung daher keines gesonderten Ratsbeschlusses bedürfen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn bekräftigt Herr Pottgießer eine enge Abstimmung der Planung für eine verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings sowie der hier vorgelegten Planung zur Erneuerung der Stadtbahnwendschleife Inselwall. Eine gemeinsame Realisierung beider Maßnahmen ist für Sommer 2024 beabsichtigt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 23-22714 abstimmen.

Beschluss:

„Dem Verzicht auf Planfeststellung für die Erneuerung der Gleisanlagen der Wendschleife Inselwall wird unter der Voraussetzung der Berücksichtigung und Umsetzung der Hinweise in Anlage 1 durch die Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Anfragen

8.1. Parken in der Innenstadt in der Vorweihnachtszeit 23-22646-01 **Anfrage zur Vorlage 23-22646**

8.1.1. Parken in der Innenstadt in der Vorweihnachtszeit 23-22646-02 **Anfrage zur Vorlage 23-22646**

Zur Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko, ob das ordnungswidrige Parken auf dem Wollmarkt nach Ende der für die zu den Adventssamstagen ermöglichten Sonderregelung nach Erkenntnis der Verwaltung aufgenommen habe, sagt Stadtbaurat Leuer eine Stellungnahme der Ordnungsverwaltung zu.

Protokollnotiz: Nach dem Auslaufen der Sonderparkregelung auf dem Wollmarkt kam es zu vermehrten Beschwerden über falsch geparkte Fahrzeuge, woraufhin die Überwachungsfrequenz deutlich erhöht wurde. Die Zahl der festgestellten Parkverstöße war im Ergebnis im Januar 2024 mit 88 deutlich höher als im November 2023 mit 21. Ob es einen tatsächlichen Anstieg der Parkverstöße gab oder die Zahl der festgestellten Verstöße wegen der verstärkten Überwachung höher war, lässt sich anhand der vorhandenen Daten nicht feststellen.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22646-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Einstürzende Parkbauten

23-22578

8.2.1. Einstürzende Parkbauten

23-22578-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22578-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Anfrage zur Umsetzung des EWKFondsG

24-23021

8.3.1. Anfrage zur Umsetzung des EWKFondsG

24-23021-01

Zur Nachfrage von Ratsherr Wirtz erklärt Stadtbaurat Leuer, dass der weitere Aufwand im Kontext der Umsetzung des Einwegkunststofffondsgesetzes nach aktueller Einschätzung überschaubar bleibt und sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den bestehenden ALBA-Vertrag ergeben.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes kündigt Stadtbaurat Leuer an, diesem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen Information zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-23021-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Rollstuhllampelmännchen und rollstuhlgerechte Ampeln

23-22694

8.4.1. Rollstuhllampelmännchen und rollstuhlgerechte Ampeln

23-22694-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22694-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.5. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge?

24-22771

8.5.1. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge?

24-22771-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-22771-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.6. RadRevolution - Sonderprogramm "Stadt und Land"

24-23011

8.6.1. RadRevolution - Sonderprogramm "Stadt und Land"

24-23011-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-23011-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.7. Mündliche Anfragen

8.7.1

Zur Öffnung des Posttunnels bittet Ratsfrau Kluth die Verwaltung um eine Sachstandsmitteilung.

Stadtbaurat Leuer informiert über das Vorliegen eines ersten Entwurfs einer Machbarkeits-

studie zur Öffnung des Posttunnels, die die drei Varianten Beibehaltung der vorhandenen Tunnelanlage (ggf. mit Nutzungseinschränkungen auf Grund der Höhe), Anpassung der Tunnelröhre (ggf. durch Absenkung der Bodenplatte) und den Neubau der gesamten Tunnelanlage untersucht. Die Machbarkeitsstudie bedarf noch der Klärung einzelner Fragen u.a. zu Statik und Kostenaufstellung. Die Überarbeitung werde im ersten Halbjahr 2024 erfolgen. Die Vorstellung der Ergebnisse in diesem Ausschuss erfolgt im Anschluss.

8.7.2

Zur Frage von Ratsfrau Kluth, ob die Verwaltung noch sog. Neubürgermappen an Neubürgerinnen und Neubürger mit Informationen zum Leben in der Stadt und hier insbesondere zum ÖPNV und dem Umweltverbund vorhält, informiert Stadtbaurat Leuer über die Mitteilung der für das Meldewesen zuständigen Ordnungsverwaltung, dass die Ausgabe der Neubürgermappen im Rahmen einer Maßnahme zur Haushaltsoptimierung bereits im Jahr 2020 eingestellt wurde.

Ratsfrau Kluth regt an, den Neubürgerinnen und Neubürgern entsprechende Informationen beispielsweise mittels eines QR-Codes anzubieten.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 17:54 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -